

Rede des Preisträgers der PRO ASYL-Hand 2010 GABRIELE DEL GRANDE

Erst einmal danke ich Ihnen und Euch.

Es ist mir eine Ehre, diese Anerkennung für meine Arbeit, die viele Mühen mit sich bringt, zu erhalten. Vor allem wenn man bedenkt, dass ihr mir in Deutschland einen Preis verleiht, während mir der italienische Innenminister die Polizei nach Hause schickt und mir keine Zeitung einen Arbeitsvertrag anbietet.

Das lässt mich an einen anderen Preis denken. Der Preis der Internationalen Liga für Menschenrechte, der letztes Jahr an die tunesischen Fischer gegangen ist, die 44 Migranten in der Nähe von Lampedusa aus Seenot gerettet haben. Vor einiger Zeit hat Italien die zwei Kapitäne genau für diese Rettung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Das ist der Wind, der an der europäischen Grenze weht. Die Rettung von Menschenleben ist zur Straftat geworden.

Ich denke an den italienischen Fischer Ruggero Marino, der einen Bootsflüchtling zurück ins Meer stieß, weil er an Bord gekommen war, um Hilfe zu erbitten. Er hat ihn vor seinen eigenen Augen ertrinken lassen, während er sich immer weiter vom Schlauchboot entfernte, um keinen Ärger mit der Justiz zu bekommen. Wie ein Tier zurückgestoßen ins Wasser.

So wie es die Patrouillen machen, die seit Mai 2009 Flüchtlinge nach Libyen zurückschieben. Ich habe selber mit einigen der Zurückgeschobenen gesprochen. Viele von ihnen sind noch in libyschen Gefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten, ein Ende ist nicht abzusehen. Ihre einzige Schuld: Sie haben versucht, Europa zu erreichen, um dort einen Asylantrag zu stellen.

Sie kommen aus Eritrea, Somalia, Äthiopien. Einer von ihnen ist gestorben, als er erneut versuchte, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Malta zu gelangen. Einige haben mir von Szenen mit den Beamten der Guardia di Finanza (Zoll) erzählt, die sie nach Libyen zurückschieben mussten und Mitleid mit ihnen hatten. Am Nachmittag des 30.8.2009 weinte ein Offizier, weil er wusste, dass die Frauen, die da vor ihm saßen, von libyschen Polizisten vergewaltigt werden würden. Er wusste, dass die Kinder für viele Monate oder Jahre das Sonnenlicht nicht mehr sehen würden. Und dass die Männer jeden Tag mit Stöcken geprügelt, beleidigt und schikaniert werden würden, alles im Namen der europäischen Sicherheit.

Der Beamte weinte, aber er folgte der Anweisung. Vielmehr, er respektierte EIN Gesetz. Das Gesetz, das auf der Basis des Freundschaftsvertrags zwischen Libyen und Italien zur Zurückschiebung nach Libyen verpflichtet. Denn die anderen italienischen Gesetze, wie auch die Verfassung, verpflichten ihn, diese Menschen an Land zu bringen, damit sie einen Asylantrag stellen können. Aber er hat es nicht getan.

Und in Libyen, was geschieht dort? Ich war selber in Libyen, ich habe die Gefangenlager gesehen, ich bin durch die Vorstädte von Tripolis gefahren, in denen die Migranten leben, die darauf warten, das Meer zu überqueren. Aber ein Geräusch ist mir am stärksten Erinnerung geblieben. Ein Geräusch, das mich seit Monaten verfolgt.

Es ist das Rattern von Rädern, das Schlagen, Vibrieren und Kreiseln von Eisen. Unterlegt mit stetigen Klagelauten von Menschen. Einige Male habe ich auch nachts davon geträumt. Es ist das Geräusch der Deportationen.

Das libysche Militär war am Morgen des 30.6.2010 in das Lager Misratha eingefallen, einen Tag nach dem Aufstand der Eritreer dort. Viele schliefen noch. Sie haben sie einfach weggebracht, circa 300 Menschen, einige noch völlig unbekleidet, andere von den Schlägen des Vortags verletzt. Sie haben sie in zwei LKWs gesperrt, in einen Eisencontainer, die, die man zum Transport von Waren auf Zügen oder Schiffen benutzt. Als ich sie am Nachmittag des 30. Juni endlich telefonisch erreichen konnte, waren sie noch in den Containern.

Der LKW fuhr sehr schnell und bei jedem Loch schlugen die Eisenbeschläge gegen die Containerwand des Anhängers. Haron sprach kein Englisch, aber als er „Italy“ hörte gab er das Handy weiter und murmelte etwas in Tigrinya. So erreichte das Telefon in der absoluten Dunkelheit des Containers, der, gefüllt mit 150 eng aneinandergedrängten Menschen, in der Hitze der Sahara einer glühenden Eisenbüchse geglichen haben muss, schließlich Daniel. Es war das einzige Telefon, das den Kontrollen entgangen war. Der letzte Verbindungsfaden mit der Außenwelt.

Daniel sprach Englisch. „Die Frauen und Kinder unter uns sind ohnmächtig geworden“, sagte er, „es gibt keine Luft.“ Ich habe diese Container gesehen, als ich 2008 in Sebha war. Ich habe sie fotografiert, heimlich. Auch der Präfekt des Innenministeriums, Mario Morcone, hat sie während seiner Libyenmission gesehen. Ebenso Marcella Lucidi und Giuliano Amato, als sie 2007 nach Tripolis fuhren, um den Vertrag über die Zurückweisungen zu unterzeichnen. Man vergisst gern, dass dieser Vertrag von der Regierung Prodi in die Wege geleitet wurde, also noch bevor Maroni und Berlusconi an die Macht kamen.

Stellen Sie sich vor: Man würde diese Herrschaften in die Container sperren. Oder gar ihre Kinder. Und dann würden vielleicht sie neben den Vätern und Müttern sitzen, die jetzt in Italien das Schicksal ihrer Lieben in Libyen beweinen. Denn – und auch das wird gern vergessen – jeder Eritreer, der das Mittelmeer von Libyen nach Italien überquert, hat einen Verwandten, der ihn dort erwartet, der ihm mit Western Union Geld geschickt hat, um der Diktatur den Rücken zu kehren. Gegen diese Namen kommt die politische Raison nicht an.

Welches Staatsinteresse könnte Maroni anführen, um eine Mutter zu trösten, die ihr Kind in einem dieser Container in der Sahara weiß? Oder noch schlimmer, die eigene Tochter, die geschlagen und vielleicht auch bald in den libyschen Gefängnissen vergewaltigt wird?

Aber warum haben wir es so mit den Politikern?

Letztendlich sind sie nur Ausdruck des Willens der Bevölkerung. Und es ist ganz Italien, das nunmehr alle Namen der eritreischen Diaspora und anderer Gruppen, die die Grenze in all den Jahren über den Seeweg überquerten, vergessen hat. Die Politik und die Medien

haben uns gelehrt, ihre Namen zu löschen, sie „Klandestine“ (Illegale) und nicht mehr Menschen zu nennen. Diese faule Presse, die nur darauf bedacht ist, den Politikern die Schuhe zu wienern, die es aber nicht mehr gewohnt ist, sich selber vor Ort die Schuhe dreckig zu machen. Von wegen Gesetz zur Pressezensur. Das Schweigen der Medien über das Schicksal der nach Libyen Zurückgewiesenen nennt sich Selbstzensur. Und es ist ein schuldiges Schweigen. Denn an dem Tag, an dem wir aufhören diese Geschichten zu erzählen, scheinen sie auch nicht mehr wahr, als wäre das Alles nie geschehen. Und wir tun so, als wären sie nicht unsere Toten. Aber es sind die Verwandten unserer neuen Mitbürger/innen.

Genau hier, in Frankfurt, wurde im Juli 2010 eine Messe zur Erinnerung an die 77 Bootsflüchtlinge aus Eritrea, die man im August 2009 vor Malta hat sterben lassen, zelebriert. 23 Tage waren sie manövrierunfähig, aber sie haben keinerlei Hilfe erhalten, von niemandem. Die Trauerfeier wurde von der eritreischen Gemeinde in Deutschland organisiert. Frau Y.s jüngerer Bruder war auf dem Boot. Er war 21 Jahre alt. Sie hat alle Verwandten der anderen Opfer kontaktiert. Sie sind aus ganz Deutschland, England, Schweden, Norwegen, der Schweiz, den USA und Italien nach Frankfurt gekommen, aus den Ländern, in denen sie heute als Flüchtlinge leben. Wo morgen ihre Kinder aufwachsen werden, die unsere neuen Mitbürger/innen sein werden.

Die Zukunft ist schon jetzt.

Also können wir das Problem des Sterbens auf See und der nach Libyen Deportierten nicht einfach vergessen, weil es uns weit weg erscheint, weil es uns angeblich nichts angeht. Die Toten auf See sind oftmals Verwandte unserer neuen Mitbürger/Innen, die schon in Europa sind. Manchmal handelt es sich sogar um europäische Passagiere auf den Booten, menschlich gesehen, nicht rechtlich. Jungs wie Raffa, Fared, Brahim, die ich persönlich in Italien kennengelernt habe, die aus Italien oder Frankreich nach mehr als 10 Jahren abgeschoben wurden und die über das Meer zurückkamen, um ihre Frauen und Kinder, die hier geblieben waren, wiederzusehen.

Da frage ich mich: Wie ist es möglich, dass das Alles kein Aufsehen, kein Mitleid erregt? Dass ein Fischer im Gefängnis landet, weil er ein Menschenleben gerettet hat, dass ein anderer Fischer nicht rettet, sondern tötet, dass die Beamten der italienischen Republik kein Erbarmen gegenüber schwangeren Frauen und Kindern haben, die sie in libyschen Gefängnissen verschmachten lassen, obwohl sie keinerlei Verbrechen begangen haben? Dass ein Familienvater nach mehr als 10 Jahren aus Italien abgeschoben werden kann, obwohl er dort eine Ehefrau und ein wenige Monate altes Kind hat?

All das scheint normal zu sein, banal. Die Menschen sagen, all das ist in Ordnung, es handelt sich ja um „Klandestine“, um sogenannte Illegale. Ein Wort, das inzwischen die Wogen hoch schlagen lässt, das Angst verbreitet. Es gehört zur Kategorie „Feind“. Eine gefährliche Kategorie.

Dabei fällt mir Hannah Arendt ein. Die Banalität des Bösen. Denn der Richter, der die Fischer verurteilt hat, der Fischer, der den Schiffbrüchigen ins Meer zurückgestoßen hat und der Kommandant, der Frauen nach Libyen zurückschiebt, sind im Grunde alles brave Personen. Sie sind keine mit Stöcken bewaffneten Rassisten. Es sind brave Personen, die am Abend ihre Kinder zudecken, die aber auch die Kategorie des Feindes verinnerlicht haben.

Der Feind sind die Flüchtlinge, und wir sind die Bedrohten. Sie bedrohen unsere Identität,

unseren sozialen Frieden, aber vor allem bedrohen sie unseren Reichtum.

Ich sehe die Gleichgültigkeit der „rechtschaffenden Menschen“. Die Normalisierung des Rassismus, seine Institutionalisierung. Und vor allem das Fehlen von Mitleid.

Denkt einen Moment an die Toten. Während der Arbeit an meiner Homepage habe ich berechnet, dass es seit 1988 mindestens 15.000 Tote an den europäischen Grenzen gegeben hat. Diese Toten sprechen zu niemandem mehr. Es könnte auch eine halbe Million sein. Unsere Herzen rührt das nicht mehr.

Wisst ihr, warum?

Weil diese Menschen nie gelebt haben. In unserem kollektiven Gedächtnis hat es sie nie als Individuen gegeben. Immer nur als Nummern, als Statistiken, als Objekt eines politischen Diskurses, immer ohne eine eigene Geschichte, eine Subjektivität, immer ohne Würde.

Jeden Tag spricht man in Italien von Migration, trotzdem kennt niemand ihre Geschichten. Niemand kennt ihre Namen.

Und genau da verändert sich alles.

Wenn ich von einem Vater oder einer Mutter erzähle, deren Kind auf dem Weg nach Italien ertrunken ist, ist der Zuhörer berührt. Er denkt nicht an Zahlen, an Statistiken, an Studien. Er weiß nur ganz sicher, dass dieser Junge oder dieses Mädchen nicht hätte sterben dürfen. Dass man einfach nicht mit 20 Jahren sterben darf, weil dein Pass in den europäischen Botschaften so viel wert ist wie Altpapier.

Heute gilt das Erzählen von Tatsachen als subversiv. Es wird zum Gegenpol der „Entmenschlichung“, die die Grundlage für Rassismus bildet. Von den Menschen zu erzählen, ihnen Namen und Würde zurückzugeben, ist wie sich Auge in Auge gegenüberzustehen. Das Erzählen befreit den Diskurs um die Migration von den Gespenstern der Angst.

Aber die Geschichten reichen nicht aus.

Denn es ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch eine Frage des Rechts. Also benötigen wir eine politische Lesart des Phänomens. Eine Lesart, die über die Kategorien Integration und Rassismus hinausgeht. Eine Lesart, die hoch hinaus will und kann. Zum Beispiel könnte man damit beginnen festzulegen, ob die Bewegungsfreiheit ein universelles Recht ist oder nicht.

Und ob die reiche Welt bereit ist, die Verluste zu akzeptieren, die eine Bewegungsfreiheit für alle mit sich bringt. Die Verluste, aber auch die Vorteile. Denn die aktuellen Unrechtregime, die derzeit die Welt regieren, stützen sich genau auf diese Kontrolle der Grenzen. Die Regierungen entscheiden, wie die Grenzen zu verwalten sind. Es geht nicht unbedingt darum, sie zu schließen! Maroni hat in zwei Jahren für Italien 400.000 Menschen Einlass gewährt. Verwalten, kontrollieren, filtern, wer rein darf und wer nicht, alles im Sinne der Produktivität des Wirtschaftssystems.

Dieses Jahr sind es die Tagelöhner, nächstes Jahr die Hochqualifizierten, dann die Pflegekräfte, die kommen dürfen. Alles, was aus diesem Filtersystem der Grenzsicherung herausfällt, ist nicht gern gesehen. So z.B. die politischen Flüchtlinge, deren Anzahl

steigen könnte, wenn die europäischen Staaten die eigene Asylgesetzgebung respektieren würden.

Habt ihr je darüber nachgedacht, was unter einem Regime mit Bewegungsfreiheit passieren würde? Habt ihr jemals darüber nachgedacht, dass unsere Soldaten genau dieselben sind, die Krieg in Afghanistan und im Irak führen und dann unter der Führung der Grenzagentur Frontex an der türkisch-griechischen Grenze patrouillieren, um Afghanen und Irakis, die vor den Bomben der Nato fliehen, zurückzuschieben? Wenn die zwei Millionen Iraker, die nach Syrien und Jordanien geflohen sind, die Möglichkeit gehabt hätten, in Europa Asyl zu beantragen, was wäre passiert? Hätten wir auch dann Bagdad in einem lächerlichen und kriminellen Krieg - unter dem Vorwand, Massenvernichtungswaffen aufzuspüren, die nie existiert haben -, der Hunderttausende unschuldige Opfer gekostet hat, bombardiert?

Ich möchte damit sagen, dass der politische Diskurs sehr viel weitreichender ist. Die Militarisierung der Grenze dient zur Erhaltung des Status Quo

Wer ohne Papiere emigriert, schafft Chaos, Ungewissheit und destabilisiert die Justiz. Vielleicht sogar unbewusst greift er den Status Quo in einer Welt an, die auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit aufgebaut ist.

Abschließend möchte ich alle dazu einladen, sich deutlich zu machen, in welcher bedeutsamen Zeit wir gerade leben. Ihr wisst, seit 1988 zählt das Mittelmeer mindestens 15.000 Tote auf den Migrationsrouten. Und das ist nur eine abgerundete Zahl.

Europa hat das gar nicht wahrgenommen. Wenn mich meine Enkel fragen, ob ich es gewusst habe, ob ich von den Toten im Meer gewusst habe, ob ich von den fünf Millionen illegal in Europa Lebenden gewusst habe, die aller bürgerlichen und politischen Rechte beraubt wurden, da sie keine Papiere hatten, ob ich von den Razzien der Polizei in den Häusern von Menschen ohne Papiere wusste, von den Zurückweisungen nach Libyen, von Abschiebungen ganzer Familien, werde ich ja sagen müssen, ja, ich wusste es. Und wie ich wusste es auch alle anderen. Aber haben wir genug gegen dieses Unrecht getan?

Danke.